

Die Volksernährung im Kriegswirtschaft

forgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger müsse mehr gefordert werden, da die Produktion durch Mehrverwendung von Stickstoffdünger gesteigert werde. Bessere Organisation der Gefangenenarbeit würde namentlich auch die kleinen Landwirte den Mangel an Arbeitskräften besser ertragen lassen; man habe den Landwirten die Pferde zu billigen Preisen genommen und solle ihnen daher auch wieder billige Pferde zur Verfügung stellen. Der Redner faßt seine Ausführungen dann zusammen, daß die notwendigen Lebensmittel zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt werden müßten, die Produktion aber nicht gestört werden dürfe. Darauf tritt die Mittagspause ein.

Die Beratung wurde am Nachmittag fortgesetzt. Ein zweiter sozialdemokratischer Redner führte aus, daß ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zweifellos ein Unglück sein würde. Gewiß muß der Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Kosten decken. Zu bekämpfen sind nur ungerechtfertigte Preise. Aber Unzufriedenheit bekämpft man auf die Dauer nicht durch Pressezensur, sondern durch Beseitigung der Ursachen. Die Vorräte reichen, wie uns von der Regierung dargelegt wurde, aus, aber es muß auch für richtige Verteilung und mäßige Preise gesorgt werden. In dieser Hinsicht hat es das Reichsamt des Innern noch fehlen lassen. Es ist unrichtig, daß die Städter bei den Kartoffeln zu wählerisch seien, sie wollen nur genießbare Kartoffeln. Bei allen Maßnahmen der Regierung sind die großen Vermittler und die großen Unternehmungen immer sehr gut weggekommen. Der spekulative Zwischenhandel muß ausgeschaltet und die Kartoffelversorgung in die Hände der Gemeinden gelegt werden. Man sollte die Landwirte dadurch zur Hergabe ihrer Vorräte veranlassen, daß man für das Frühjahr niedrigere Preise festsetzt als jetzt. Der Reichstag darf nicht ausgeschaltet werden; er muß die Stellung des Staatssekretärs des Innern gegenüber gewissen einzelnen staatlichen Einflüssen stärken.

Der Staatssekretär führte zur Angelegenheit der Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsleitung und preussischer Landwirtschaftsverwaltung aus, daß die Meinungen über das Richtige und Notwendige eben verschieden seien; wenn das preussische Landwirtschaftsministerium einen größeren Schutz der Produzenten für notwendig halte, so tue es nur seine Pflicht. Es sei darauf angekommen, die Monopolisierung der Kartoffeln in den Gemeindeverwaltungen zu sichern. Das sei durch die Verordnung vom 25. September d. J. geschehen. Ein Zentrumsabgeordneter hob gleichfalls die Notwendigkeit hervor, die Verteilung richtig einzurichten; er ermahnte die Kritik, eingedenk zu sein, uns nicht vor dem Auslande bloßzustellen. Das Volk müsse den ernststen Willen sehen, daß alles geschähe, um die Lebensmittel ausreichend und zu erschwinglichen Preisen zu beschaffen. Der Staatssekretär möge offen sagen, wo die Widerstände liegen und ob die Verhandlungen mit den Einzelstaaten so glatt verlaufen seien, wie dies im Kriege nötig ist. Der Redner fragt, warum der Weg der Versorgung durch die Organisationen der Landwirte nicht betreten worden sei, ob sie Widerstand geleistet hätten, ob dies der Handel getan oder schließlich die Städte versagt hätten. Verschiedentlich stelle der Zwischenhandel für die Vermittlung zwischen Groß- und Kleinhandel übertriebene Forderungen; aber es habe auch versäumt, wenn die Landwirte hier und da hochbeinig waren. Zu begrüßen sei, daß jetzt auch kleinere Mengen von Kartoffeln beschlagnahmt werden können. Einen besonders großen Kartoffelverbrauch hat das Industriegebiet des Westens, dessen Versorgung auf alle Fälle gesichert werden müsse. Die fleischlosen Tage müßten bestehen bleiben; denn durch sie werde auch jenen Bevölkerungskreisen begreiflich gemacht, daß Krieg ist, die sich bisher nicht eingeschränkt haben. Die Schweinepreise seien so geregelt, daß sehr bald eine bessere Versorgung der Städte mit Fleisch eintreten werde. Die Versorgung mit Futtermitteln ist äußerst wichtig; ob die Bereitstellung von 100 Millionen zur Schweinemästung der richtige Weg sei, müsse sich noch zeigen.

Der Staatssekretär erklärte, daß die Debatte ergeben werde, was zur Besserung der Lage noch zu geschehen habe. Nicht einzelne seien an den Schwierigkeiten schuld, sondern die vorliegenden Verhältnisse. Bei allen Instanzen hätten die Erfahrungen des Vorjahres dazu geführt,

besonders vorsichtig zu sein.

Diejenigen, die sich entschieden gegen einschneidende Maßregeln wehrten, beriefen sich gerade auf die Erfahrungen des Vorjahres. Die Städte haben von den Vollmachten der Septemberverordnung teilweise erst Gebrauch gemacht, als sich die Möglichkeit ergab, sich freihändig zu versorgen. Der Bundesrat hob ihn, den Staatssekretär, nach Kräften unterstützt, was er ausdrücklich dankend anerkenne. Die Schwierigkeit liege darin, daß es sich nicht nur um Ernährungsfragen, sondern auch um psychologische Fragen handle, was man noch nicht allgemein erfaßt habe. Der Präsident der Reichsgetreidekasse und Unterstaatssekretär im preussischen Finanzministerium bezeichnete die Bedenken des Zentrumsredners gegen die Bereitstellung von Mitteln zur Schweinemästung als nicht begründet. Diese Maßnahme sei nötig, um die Mästung von Fettschweinen zu sichern, damit Fett gewonnen werde. Ein weiterer sozialdemokratischer Redner bemängelte, daß der Bundesrat seine Verordnungen nicht immer mit der erwünschten Schnelligkeit erlassen habe; es sei allgemein bekannt, daß der Widerstand vielfach in Preußen lag. Hierdurch könne gegebenenfalls die Frage einer Verfassungsänderung aktuell werden. Man müsse fordern, daß eine ebenso umfassende Organisation wie für das Brot auch für Milch, Butter und Fleisch geschaffen werde. Die fleischlosen Tage nützen nicht so viel, wie der Zentrumsredner annehme. Wenn auch die Futtermittel knapp seien, so dürften doch immerhin Fettschweine vorhanden sein, die man jetzt schon abschachten könne. Auf dem Gebiet der

Butterversorgung

sei Bayern vorbildlich, das den Preis auf 2 M festsetzen konnte gegen 2,55 M in Norddeutschland. Die Bestimmung, daß nur Kartoffeln von Gütern über 10 Hektar beschlagnahmt werden können, beruhe dem Vernehmen nach auf einem Kompromiß mit dem Landwirtschaftsminister. Die Denkschrift des Bundesrats hätte etwas eingehender die Zustände auf dem Lebensmittelmarkt schildern sollen, die die Notwendigkeit zeitigen Durchgreifens bewiesen. Unbegründet sei der Vorwurf, daß die Städter zu wählerisch seien. Leider seien Kartoffeln für Frankfurt infolge Verzögerung der Verladung erfroren. Es müßte eben vollendete Ordnung geschaffen werden, und die dürfe weder durch einen Mangel an Entschlußkraft, noch durch äußere Widerstände verhindert werden.

Der Staatssekretär erwiderte, daß es für das Überschußland Bayern viel leichter war, die Butterfrage zu regeln, als für die Zuschußbezirke. Pommern, das gleichfalls ein Überschußgebiet ist, hat es so gemacht wie Bayern, und der Erfolg davon ist, daß Berlin jetzt eine Butterknappheit hat. Die Reichsregierung erwägt eine Regelung nach der Richtung, daß größere Molkereien einen Teil ihrer Erzeugung für die Zuschußbezirke abgeben.

Nächste Sitzung: Samstagvormittag 10 Uhr.